

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gen. Tag. Preis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Postämtern 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,20 Mk., bei Postbestellung 2,50 Mk. Inland. Ausland 3 Mk. 50 Pf. Für den Postweg. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Preis: 10 Pf. Inland. Ausland 15 Pf. Für den Postweg. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen nicht verantwortlich.



Angelagerter: Die Hauptredaktion 20 Goldpfennig, die 4 getheilte Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 2 getheilte Teile 20 Goldpfennig. Nachmittagsblätter 20 Goldpfennig. Sonntags- und Feiertagsblätter 20 Goldpfennig. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen nicht verantwortlich.

Nr. 209. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 7. September 1926

Die spanische Sphinx.

Der Völkerbundrat hat ohne jede Abänderung die Vorschläge der Studienkommission in der Ratssache angenommen. Man kann darin ein Durchdringen des deutschen Standpunktes sehen, da jetzt nur Deutschland allein einen ständigen Ratssitz erhält. Es bleibt allerdings noch die Befähigung durch die Vollversammlung des Bundes selbst übrig. Von den verschiedensten Seiten werden allerlei Gerüchte über etwa noch zu erwartende Überraschungen verbreitet. Doch ist wohl anzunehmen, daß auch weiterhin alles programmäßig verläuft, so daß dem deutschen Eintritt in den Völkerbund nichts mehr entgegensteht dürfte.

Nach dem ganzen bisherigen Verhalten Spaniens hätte man von ihm wie jederzeit von Brasilien einen Einspruch erwarten können. Daß dieser unterblieb, kann als ein Beweis dafür angesehen werden, daß Spanien selbst nichts gegen die Ansprüche Deutschlands einzubringen hat und auch den Schein vermeiden wollte, als ob es eine irgendwie gegen Deutschland gerichtete Politik treibt. Diese Haltung dürfte Spanien in der deutschen Öffentlichkeit nicht vergessen werden. Deutscherseits war auch nichts anderes erwartet worden, zumal sein Grundvorlag, daß Spanien auf einmal seine freundschaftliche Stellung uns gegenüber änderte.

Trotz dieser Erklärung bleibt aber, was Spanien anlangt, genug Rätselhaftes übrig. Nach den früheren scharfen Äußerungen Primo de Riveras und auch des spanischen Außenministers hätte ein Austritt Spaniens aus dem Bunde nicht überrascht. Wenn dieses davon absah und sich nur in den Schmolzwinkel zurückzog, dann ist dies wohl auf die Bemühungen Englands und Frankreichs zurückzuführen, die in Madrid beruhigend wirkten. Allerdings hat Spanien seine Karten noch nicht reiflos auf den Tisch gelegt. Daß es die volle Resignation wählte, deutet darauf hin, daß es sich für die Zukunft volle Handlungsfreiheit vorbehalten will.

Spanischerseits hätte man die Ratssache gern mit der Tanagerfrage verknüpft. Das haben Frankreich und England auf das bestimmteste zurückgewiesen. Vor einigen Tagen wurde von Spanien aus erklärt, daß die Welt bald vor wichtigen Ereignissen stehen werde. Diese Äußerung verursachte ein allgemeines Rätselraten über den Sinn des Ausspruchs. Daß damit der Austritt aus dem Völkerbund nicht gemeint sein konnte, haben die Ereignisse gelehrt. Es blieb also nur die Tanagerfrage übrig. Hier wollten viele wissen, daß Spanien das Tanagerstatut kündigen und damit die Frage neu aufrollen werde. Das ist nicht ganz unwahrscheinlich. Diese Wahrscheinlichkeit wird noch dadurch vermehrt, daß Spanien, von Italien unterstützt, alle Anstrengungen macht, um die Tanagerzone von allen spanienfeindlichen Elementen und solchen, die ihm nicht direkt wohlwollen, zu säubern. Daher rührt der Sturmhauch gegen das französische Blatt in Tanager, dessen Seite man ausweichen ließ, und das Verlangen nach einer Klärung für den dortigen französischen Besonderen, der der Haltung des Blattes nicht scharf genug entgegengetreten sein soll.

Aus Spanien sind nun in den letzten Stunden allerdings einige überraschende Meldungen eingetroffen, jedoch meist auf indirektem Wege, da nach Pariser Quelle die direkten Verbindungen mit Frankreich, über welches Land man sonst die meisten spanischen Nachrichten bekam, gesperrt sein sollen. Frühere Meldungen über das Ausbrechen von Unruhen und Bewegungen gegen Primo de Rivera wurden prompt dementiert. Die jetzigen Nachrichten lassen jedoch erkennen, daß sich in Spanien eine Wendung vorbereitet. Von den Anhängern des Direktoriums wird eifrig für dieses Propaganda gemacht. Man will sogar einen Volksentscheid über sein Fortbestehen herbeiführen. Ebenso rührt ist aber auch die Gegenseite. Die ganze Situation wird gekennzeichnet durch die Gegensatzhaftigkeit zwischen Primo de Rivera und den Artillerieoffizieren, deren Anhang im Lande ständig wachsen soll. In jedem Fall haben diese neu ausgetauchten inneren Schwierigkeiten Spanien wohl bedrohen, sich etwas mehr von den äußeren Dingen abzulenken. Man wagt vermuthlich auch nicht, aus Prestige Gründen die äußeren Dinge auf die Spitze zu treiben, weil hier ein Rückschlag besonders schwere innere Folgen haben könnte. Wie dem auch sei, in Deutschland verfolgt man die weitere Entwicklung der Dinge in Spanien mit größter wohlwollender Aufmerksamkeit und hat dabei nur den einen Wunsch, daß sich eine Lösung findet, die der Stellung Spaniens unter den Nationen keinen Abbruch tut.

Menterei der spanischen Artillerie.

Der Belagerungszustand verhängt. In Spanien ist es zu einem förmlichen Aufstand der Artillerieformationen gegen den Diktator Primo de Rivera gekommen. Den Anlaß zu diesem Aufstand bildete der Beschluß der Regierung, die Gehälter und den Sold des Militärs auf den Friedensstand herabzusetzen. Bei der Artillerie hat diese Verordnung den größten Unwillen hervorgerufen und zu verschiedenen Disziplinlosigkeit geleitet. Die Regierung hat sich infolgedessen ge-

Die 7. Völkerbundstagung.

Benesch's Eröffnungsrede in Genf.

Willkommensgruß an Deutschland.

Die siebente ordentliche Völkerbundversammlung ist am Montag in Genf vom derzeitigen Ratspräsidenten Benesch mit einer Ansprache eröffnet worden, in der er der Meinung Ausdruck gab, daß der diesjährigen Völkerbundversammlung sowohl in der Geschichte des Völkerbundes als allgemein für die europäische Politik besondere Bedeutung zukomme. Er gab dann einen geschichtlichen Rückblick auf die Tätigkeit des Völkerbundes während der letzten zwölf Monate, wobei er im Zusammenhang mit der Regelung der Ruhrfrage die Hoffnung aussprach, daß die Türkei als logische Folge dieser Regelung bald in den Völkerbund eintreten möge. Zur Frage der Abklärung bemerkte Benesch, daß in den letzten zwei Jahren auf diesem Gebiete weitere Fortschritte gemacht worden seien, die es bald ermöglichen würden, wenigstens einen ersten Anfang in der Abrüstung zu verwirklichen. Benesch unterstrich ferner die große Bedeutung der Schiedsverträge für die gesamte internationale Politik und insbesondere für die europäischen Staaten, weil diese Verträge die Ausführung der großen europäischen Nationen herbeiführen und eine lange Periode der Sicherheit und des Friedens gewährleisten sollen. Die Verträge von Locarno, dieses große internationale Ereignis, so führte Benesch weiter aus, haben außer ihrem großen internationalen politischen Wert auch für den Völkerbund eine entscheidende Bedeutung, weil sie mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verknüpft sind. Benesch feierte weiter den Abschluß des Vertrages von Locarno, den er als das erfolgreichste Abkommen bezeichnete, das man sich denken könne.

Im letzten Teil seiner Rede behandelte Benesch die jüngsten Ereignisse innerhalb des Völkerbundes, die, wie er sagte, im Augenblick alle mit Sorge erfüllen, und bemerkte dabei in bezug auf Deutschland, daß in den ersten Monaten nach der letztjährigen Völkerbundversammlung eine rasche Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund erhofft werden konnte. Jedermann wisse, wegen welcher Ereignisse bis heute gewartet werden mußte, um auf das Ausnahmegebot, das der deutsche Minister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, am 12. Februar d. J. eingereicht hatte, zu antworten. Er glaube aber, daß die im März entstandenen Schwierigkeiten sich nicht mehr wiederholen werden und daß die Völkerbundversammlung in wenigen Tagen mit Genugtuung ein neues Mitglied in den Bund aufnehmen und gleichzeitig gewisse legitime Ansprüche anderer Staaten zufriedenstellen könne. Im Interesse des Weltfriedens, der internationalen Verständigung und der europäischen Verständigung können wir uns, so sagte Benesch, zu diesem glücklichen Ereignis beglückwünschen. Ich erlaube mir, von dieser Tribüne aus schon heute dem neuen Völkerbundmitglied ein herzlich willkommen zu wünschen.

Wichtig gesehen, aber ganz Spanien den Belagerungszustand zu verhängen. Der König, der sofort nach Madrid zurückgekehrt ist, hat alle Artillerieoffiziere des Dienstes unter Verlust des Gehalts und unter Verbot des Uniformtragens entlassen. Er soll Primo de Rivera von neuem sein Vertrauen ausgesprochen haben.

Infolge einer strengen Depeschenzensur in Spanien ist es schwer, ein klares Bild über die Lage des Landes zu gewinnen. Nach offiziellen Mitteilungen soll die Regierung völlig Herr der Lage sein; andere Nachrichten wollen wissen, daß sich auch ein Teil der Flotte der spanischen Artillerie angeschlossen habe. Ebenso soll es in verschiedenen Garnisonen zu Unruhen gekommen sein, wobei sich sämtliche Truppenteile dieser Garnisonen den meuternden Artilleristen angeschlossen haben. Das Zentrum des Aufstandes ist in Sagunto und Valladolid, wo sich die Artillerieregimenter weigerten, ihre Waffen abzugeben. Der Chef der Artillerie und der Artilleriekommandeur in Segovia sind verhaftet worden. Lissaboner Meldungen sprechen von schweren Unruhen im Meer.

Die Eisenbahn-Attentäter von Leiferde ermittelt.

Eigener Fernspr.-Dienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, hat heute früh einer der wegen dringenden Verdachts, des Eisenbahnattentats in Leiferde bei Hannover begangen zu haben, Festgenommenen, der Rusler Otto Schleginger ein Geständnis abgelegt. Nach seiner Aussage traf er sich durch Zufall mit dem Kaufmann Willy Weber und da beide über keine Barmittel verfügten, beschloffen sie, das Attentat auf den Zug, um sich durch Raub Geldmittel zu verschaffen.

Zum Schluss seiner Rede gab Benesch seinem Wunsche darüber Ausdruck, daß der Eintritt einer europäischen Großmacht in den Völkerbund und die für die Umwandlung des Völkerbundes gefundene Verständigung damit zusammenfalle, daß einige Staaten sich aus ihm entfernten. Dann erklärte Benesch, dessen Ansprache zum Schluss lebhaften Beifall erhielt, die siebente Völkerbundversammlung für eröffnet. Die Eröffnungstagung, die gegen 12 Uhr zu Ende ging, bot das übliche Bild der letzten Jahre. Der Andrang von Publikum und Presse ist jetzt noch größer als bei den früheren Versammlungen. Die für die Delegationen Spaniens und Brasiliens bestimmten Bänke im Saale blieben unbenutzt.

Rintschitsch Präsident der Völkerbundstagung.

Die Völkerbundversammlung wählte mit 42 von 48 Stimmen den jugoslawischen Außenminister Rintschitsch zu ihrem Präsidenten. Das Ergebnis wurde von den Delegierten mit lebhaftem Beifall begrüßt. Rintschitsch dankte nach Übernahme des Vorsitzes für die Wahl und die damit seinem Lande erwiesene Ehre. Von den 55 Mitgliedsstaaten des Völkerbundes haben zu dieser Sitzung 43 Staaten Vertreter entsandt. Es fehlten Spanien, Brasilien, Argentinien, Bolivien, Costarica, Honduras und Peru.

Rintschitsch heißt Deutschland willkommen

Eigener Fernspr.-Dienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Genf, 6. September. Der neu gewählte Präsident der Völkerbundversammlung Rintschitsch hielt in der heutigen Nachmittagsversammlung des Völkerbundes zunächst eine kurze Eröffnungsrede, in der er für die durch die Wahl seinem Lande erwiesene Ehre der Versammlung dankte. Er sei stolz, diese siebente Tagung des Völkerbundes leiten zu können, denn sie würde in der Geschichte des Völkerbundes einen bedeutungsvollen Wendepunkt darstellen. Trotz aller Schwierigkeiten, die der Völkerbund durchleben werde, werde er mit neuen Kräften aus dieser Tagung hervorgehen. Die künftige Teilnahme einer großen Nation an den Arbeiten des Völkerbundes bedeute eine Stärkung des Vertrauens zum Völkerbund. Er wünsche dem neuen Gast des Völkerbundes alles gute und sei überzeugt, daß diejenigen Staaten, die auf dieser großen Tagung nicht anwesend seien, bald wieder zum Völkerbund zurückkehren würden.

Auch die Türkei will Mitglied werden.

In Paris liegt die Meldung vor, daß die Türkei diplomatische Schritte eingeleitet hat, um ihren Eintritt zum Völkerbund zu erreichen. Die Regierung von Angora will außer ihren eigenen Interessen auch die Interessen anderer orientalischer Völker vertreten. Der „Temps“ nennt Persien und Afghanistan. Deshalb stellt die Regierung der Türkischen Republik die Bedingung, daß ihr ein wählbarer Ratssitz nach Eintritt in den Bund zur Verfügung gestellt wird.

Starke Ueberschneuerung in Deutschland.

Der Reichsfinanzminister für Steuerabbau.

Auf der Bundestagung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten in Hamburg betonte Reichsfinanzminister Reihold in einer längeren Rede, es unterliege keinem Zweifel, daß in den letzten Jahren eine starke Ueberschneuerung eingeleitet habe. Die Steuern müßten wirtschaftlich tragbar und sozial gerecht sein. Bisher seien die Luxussteuer abgeschafft und die Umsatzsteuer ermäßigt worden. Die Umsatzsteuer halte er aber trotzdem noch für viel zu hoch. Trotz des Schweregeldes einer drohenden Finanzkatastrophe habe sich das bisherige Steuererleichterungsprogramm bewährt.

Erstes Erfordernis sei gegenwärtig die große Verwaltungsreform. Er, der Finanzminister, wolle damit in seinem eigenen Hause anfangen, allerdings jedoch keinen Personalabbau treiben, sondern Aufgaben und Ämter abbauen. Diese Reformbestrebungen müßten sich dann über ganz Deutschland erstrecken. Nicht minder wichtig sei die Ausgabe des Finanzausgleichs, der nicht nur in einer neuen Verteilung der Steuern bestehen dürfe, sondern auch Sparsamkeit in Ländern und Gemeinden zur Folge haben müsse. Besonders erleichtert werden müßten die schwer tragbaren Realsteuern. Wenn eine gerechte Steuerreform möglich wäre, dann wäre auch eine Herabsetzung der Tarife denkbar. Schwer befaßt sei die Bewässerung besonders durch die indirekten Steuern, die die Kaufkraft und damit die Konsumfähigkeit schwächen. Man strebe an, die Zusatzsteuer zu ermäßigen und dafür die Branntweinsteuer zu erhöhen.

Für lange Zeit sei noch mit erheblicher Arbeitslosigkeit zu rechnen. Deshalb habe die Regierung das